



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

## **dbb Jahrestagung**

Köln, 6. Januar 2025

### **Deutschland im Wahljahr**

**Volker Geyer**

Stv. dbb Bundesvorsitzender

+++ Sperrfrist Montag, 6. Januar 2025, 10:30 Uhr +++

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Ministerin,  
Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie zu unserer dbb  
Jahrestagung hier in Köln begrüßen zu dürfen!

Für das gerade angebrochene 2025 wünsche  
ich Ihnen und Ihren Lieben von Herzen viel  
Glück und Gesundheit!

Meine Damen und Herren, gerade in  
schwierigen Situationen wird oft der Blick für das  
Wesentliche geschärft.

Wer in der Krise die richtigen Prioritäten setzt,  
kann gestärkt daraus hervorgehen.

Wer die falschen setzt, kann alles verlieren.

Über das Setzen von richtigen Prioritäten möchte ich heute gerne sprechen.

Denn die Zeiten, in denen wir leben, könnten komplizierter kaum sein. Noch immer tobt seit dem Angriff durch Russland der Krieg in der Ukraine. Der Nahe Osten ist instabil wie seit langem nicht mehr. Die Spannungen zwischen China und den USA, nicht nur in Handelsfragen, nehmen zu. Populisten und sogar Extremisten sind überall auf dem Vormarsch. Hass und Lügen haben Konjunktur, Menschlichkeit und Wahrheit werden zur Mangelware.

Vor diesem Hintergrund könnte man meinen, dass Deutschland immer noch eine Insel der Glückseeligen ist. Ist es aber nicht. Denn wir haben es verpasst, uns auf die neue Lage vorzubereiten.

Wir haben in den letzten Jahren die falschen Prioritäten gesetzt.

Ich möchte Ihnen dafür ein ganz „wunderbares“ Beispiel nennen, meine Damen und Herren.

Vor einigen Tagen erschien im Berliner Tagesspiegel ein schöner Artikel mit der Überschrift „Baustelle Regierungsviertel“.

Darin geht es um den Sanierungsbedarf der Gebäude des Deutschen Bundestages. Im Jakob-Kaiser-Haus regnet es hinein. Im Paul-Löbe-Haus bröckelt der Putz von der Decke. Und die Fertigstellung des Anbaus am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus lässt auf sich warten.

Meine Damen und Herren, was für eine Symbolik!

„Löcher im Zentrum der deutschen Demokratie“, lautet ein Satz in dem Artikel.

Es bröckelt, es tropft, das ist sinnbildlich für den Zustand unseres Landes.

Denn das Zentrum der Demokratie, das sind für mich mehr als ein paar Abgeordnetenbüros in Berlin-Mitte. Das Zentrum der Demokratie ist für mich ein funktionierendes Gemeinwesen mit funktionierenden Institutionen. Dazu gehört nicht nur das Abgeordnetenbüro. Dazu gehört die Stadtbücherei. Das Schwimmbad. Die Schule. Die Polizei. Die Straße. Die Bahn. Kurz: Zu einer Demokratie gehört ein funktionierender Staat!

Weil wir aber die falschen Prioritäten gesetzt haben, drohen wir das alles zu verlieren. Das merken auch die Menschen im Land.

70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger meinen, dass der Staat angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert ist. 70 Prozent.

Diese Zahl kennen Sie, meine Damen und Herren, sie ist das Ergebnis unserer dbb Bürgerbefragung aus dem Spätsommer. Ich betone sie hier noch einmal, weil sie nichts von ihrer Dramatik eingebüßt hat.

Wie konnte es so weit kommen?

Wo sind wir falsch abgebogen?

Die Wahrheit ist so einfach wie traurig:

Wir haben das Wesentliche aus dem Blick verloren.

Wir haben nicht genug investiert.

Ob wir das Klima schützen, sozialen Ausgleich herstellen oder eine erfolgreiche Wirtschaft wollen: Die Basis für all das ist ein funktionierender Staat.

Was aber braucht es dafür, damit ein Staat funktioniert? Drei Dinge will ich hier nennen.

Erstens braucht es natürlich: die Beschäftigten im öffentlichen Dienst! Ohne die Menschen, die sich in den Dienst der Menschen stellen, ist kein Staat zu machen.

Sie zu gewinnen und zu halten, ist eine Daueraufgabe. Unsere Rezepte dafür können Sie alle auswendig runterbeten. Aber nur weil sie alt sind, sind sie noch längst nicht falsch! Bessere Bezahlung, bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen sind unabdingbar!

Wenn Ende des Monats die Einkommensrunde für Bund und Kommunen beginnt, gehen wir hier gerne wieder mit Ihnen ins Detail, Frau Faeser! Vorweg nur so viel: In jeder Einkommensrunde liegt eine Chance den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Natürlich fordern wir mehr Geld für die Beschäftigten, aber wir wollen diesmal auch mehr Arbeitszeitsouveränität und Entlastung. Gerade bei dem Thema Arbeitszeitsouveränität hinken wir der Privatwirtschaft meilenweit hinterher.

Frau Faeser meine herzliche Bitte: Machen Sie uns nicht erst wieder in der 3 Runde ein Angebot. Das wird der Lage nicht gerecht.

Der Lage wird auch nicht gerecht, dass die Besoldung der Bundesbeamtinnen und Beamten immer noch verfassungswidrig ist, obwohl das Bundesverfassungsgericht schon vor 4 Jahren



der Bundesregierung ins Stammbuch geschrieben hat, das in Ordnung zu bringen.

Der Lage wird auch nicht gerecht, dass Bundesbeamtinnen und Beamten immer noch 41 statt 39 Stunden arbeiten, obwohl uns vor 18 Jahren zugesagt wurde, dass das nur vorübergehend sein soll. Jetzt kann man über das Wort vorübergehend vortrefflich streiten: 18 Jahre sind es aber ganz sicher nicht.

Für unsere Kolleginnen und Kollegen, die sich Recht und Gesetz verpflichtet fühlen, ist das alles ein besonders schwer erträglicher Zustand.

Also: Gute Bezahlung!

Gute Arbeitsbedingungen!

Das muss Priorität haben!

Zweitens braucht es für einen funktionierenden Staat: Mut! Nämlich den Mut zu einer ehrlichen Aufgabenkritik. Mut, den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, was geht – und was nicht.

„Mehr Musk und Milei wagen“, hat Christian Lindner gefordert. Die wollen den Staat bekanntlich mit der Kettensäge zurückstutzen. Das ist natürlich hanebüchener Unsinn. Die Kettensägen lassen wir lieber bei unseren Waldarbeitern, die können damit wenigstens umgehen.

Radikale Rezepte – sowas brauchen wir in Deutschland nicht, sowas wollen wir nicht.

Aber: Wir müssen endlich anpacken! Beim Abbau überflüssiger Bürokratie sind wir als dbb sofort dabei! Denn unsere Kolleginnen und Kollegen, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sind am Limit.

Immer mehr Aufgaben, immer mehr Gesetze, immer mehr Verordnungen. Im Bestreben, auch den letzten Einzelfall zu regeln, immer komplizierter. Hier noch eine Berichtspflicht. Da noch eine Sonderaufgabe. So funktioniert es nicht.

Also: Mut zur Aufgabenkritik!

Mut zum Bürokratieabbau!

Das muss Priorität haben!

Drittens braucht es für einen funktionierenden Staat: Geld!

So banal es klingt, aber: gute Beschäftigte kosten Geld. Eine konsequente Digitalisierung kostet Geld. Polizeireviere und Schulen, in denen es nicht wie im Bundestag tropft und bröckelt, kosten Geld.

Es muss mehr investiert werden!

Wir wissen natürlich, dass das Geld knapp ist.  
Und die Aufgaben riesig.

Deshalb haben wir forsa gebeten, die  
Bürgerinnen und Bürger einmal zu fragen, wo  
eine kommende Bundesregierung in der Finanz-  
und Haushaltspolitik ihre Prioritäten setzen soll.

Diese Zahlen habe ich Ihnen heute mitgebracht:  
Ganz aktuell, ganz frisch, unveröffentlicht

Hier die Antworten:

Die Förderung der Wirtschaft durch  
Subventionen halten für sehr wichtig: 13  
Prozent.

Allgemeine Steuersenkungen halten für sehr wichtig: 20 Prozent.

Die Beibehaltung der Schuldenbremse und den Abbau von Altschulden halten für sehr wichtig: 20 Prozent.

Investitionen in den Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge, in Bildung, Sicherheit, Infrastruktur, halten für sehr wichtig: 67 Prozent, meine Damen und Herren!!

Das ist doch ein klares Signal, das ist ein klarer Auftrag!

Die Menschen wollen keinen Schuldenfetisch, die Menschen wollen Straßen, Schulen und Schutzpolizei, meine Damen und Herren!  
Schuldenbremse hin oder her: Diese Investitionen müssen Priorität haben!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen drei Prioritäten genannt, die für uns entscheidend sind. Gute Arbeitsbedingungen für gutes Personal, Aufgabenkritik und Bürokratieabbau, Investitionen in die Daseinsvorsorge, auch um Digitalisierung und Infrastruktur voranzubringen.

All diese Punkte stehen natürlich in Verbindung zueinander. Ich möchte das an einem praktischen Beispiel deutlich machen:

Die Ampel hat beschlossen, beim Wohngeld den Kreis der Berechtigten deutlich zu erweitern. Hier im schönen NRW, umfasst der Antrag vier DIN-A4-Seiten, eng bedruckt, mit 16 Unterpunkten.

Alleine die Stadt Bonn, eine Kommune mit knapp 340.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, musste für die zusätzlich gestellten Anträge 32 neue Stellen in der Verwaltung schaffen. 32. Nur die Stadt Bonn. Rechnen Sie das mal auf die Republik hoch.

Und in diesem Kontext habe ich noch eine neue Zahl für Sie: Jedes Jahr errechnen wir als dbb, mit wie vielen altersbedingten Abgängen der öffentliche Dienst in den nächsten 10 Jahren zu rechnen hat. Es sind mittlerweile 1,4 Millionen.

Niemand weiß, ob und wie wir diese Stellen wieder besetzen können. Wir haben davor lange gewarnt, der demografische Wandel ist ja nicht plötzlich vom Himmel gefallen. Aber nun stehen wir hier. Und die Kolleginnen und Kollegen dürfen es ausbaden.

Immer mehr, immer kompliziertere Gesetze schaffen immer neue Aufgaben, benötigen immer mehr Personal. Gleichzeitig wird die Belegschaft immer älter. Und selbst dort, wo zusätzliche Stellen geschaffen werden, können Sie nicht immer von jetzt auf gleich besetzt werden.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte unsere Situation nicht nur in düsteren Farben malen. Ich möchte Ihnen auch etwas Positives mitgeben.

Die Stadt Nürnberg steht mit Blick auf das Wohngeld vor der gleichen Herausforderung wie die Stadt Bonn: Die Zahl der Anträge ist enorm gestiegen. Dort nutzt man deshalb seit dem letzten Jahr ein auf Künstlicher Intelligenz basiertes Tool, um die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in der Wohngeldstelle zu



unterstützen. Sie sehen also, es geht auch anders.

In 48 Tagen ist Bundestagswahl, meine Damen und Herren. Viele Menschen haben Sorgen, nicht wenige sogar Angst. Wir reden heute wieder über Verteidigungsbereitschaft. Über Bunkerkonzepte. Wir bekommen die Folgen des Klimawandels ständig vor Augen geführt. Und gleichzeitig ist das Vertrauen in den Staat so gering wie noch nie. Das muss uns alle alarmieren.

Uns alarmiert zudem ganz besonders: Die Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

An Silvester haben wir wieder erleben müssen, wie Polizisten, Feuerwehrleute und

Rettungssanitäter angegriffen und verletzt wurden. Das ist fürchterlich, das ist unerträglich.

Und es geht ja längst nicht nur um die Einsatzkräfte und nicht nur um Silvester. Ob in Schulen Bürgerämtern oder Finanzämtern: Immer wieder werden Kolleginnen und Kollegen angegriffen.

Denn wo das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwindet, da schwindet der Respekt vor den Beschäftigten. Und wo der Respekt schwindet, da wird der Weg zur Gewalt immer kürzer.

Der Staat muss die Kolleginnen und Kollegen wirksam schützen, das ist seine Pflicht!  
Und auch deshalb muss der Staat Vertrauen und Respekt vor unseren Institutionen und unserer Demokratie endlich wieder herstellen!

Ja, Frau Faeser, man kann auch über weitere Strafverschärfungen diskutieren. Entscheidend ist aber eine konsequente Prävention und die konsequente Verfolgung dieser Straftaten.

Dafür braucht es aber Personal!

Beim Zoll und der Bundespolizei, um den Schmuggel von illegalen Feuerwerkskörpern zu unterbinden!

Bei der Justiz, um beschleunigte Verfahren durchzuführen und Strafen nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag folgen zu lassen!

Meine Damen und Herren, auch das gehört doch ganz wesentlich zu einem funktionierenden Staat, zu einer funktionierenden Demokratie:  
Wer recht setzt, muss Recht auch durchsetzen!

Liebe Vertreterinnen und Vertreter der Parteien, die später hier noch mit uns diskutieren werden, liebe Bundesinnenministerin Faeser. „Löcher im Zentrum der deutschen Demokratie“, um nochmal den Artikel vom Anfang zu zitieren, will wirklich niemand von uns.

Die 5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werden ebenso wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger genau überlegen, wo sie ihr Kreuzchen machen.

Wir haben konkrete Vorschläge, wie wir mit den richtigen Prioritäten unser Land wieder nach vorne bringen können.

Von der kommenden Bundesregierung erwarten wir:

- ein klares Bekenntnis zu einem, leistungsfähigen und modernen öffentlichen Dienst!
- Aufgabenkritik und Bürokratieabbau!
- Investitionen in die Daseinsvorsorge, gerade mit Blick auf Infrastruktur und Digitalisierung!
- gute Arbeitsbedingungen für gutes Personal. Dazu gehört insbesondere ein starkes Berufsbeamtentum – mit verfassungskonformer Besoldung und der Rückführung der WAZ von 41 auf 39 Stunden

Meine Damen und Herren, wie Sie heute sicherlich gemerkt haben, sind wir zwar tatkräftige und zur Not auch lautstarke Interessenvertreter unserer Mitglieder.

Der dbb versteht sich aber seit jeher auch als konstruktiver Reformpartner von Politik, Verwaltung und Gesellschaft.

Die besten Lösungen entstehen immer im Gespräch, im Miteinander.

Einen ersten Aufschlag habe ich jetzt gemacht. Nun möchten wir gerne in den Austausch mit Ihnen kommen und sind gespannt, welche Botschaften Sie den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mitgebracht haben.

Das gilt natürlich besonders für Sie, Frau Faeser, als Bundesinnenministerin. Bitte, die Bühne gehört Ihnen!